

Debatte

Georg Cremer

Das kritische Korrektiv fehlt

Erwartungsgelenkte Verzerrungen in der Berichterstattung über den Sozialstaat in Deutschland

Abstract: Verbreitete Bilder zur sozialen Lage und zur Sozialpolitik in Deutschland haben – unabhängig davon, wie valide ihre empirische Basis ist – Folgen für die Berichterstattung. Sie prägen, welche Entwicklungen als berichtenswert angesehen und wie sie interpretiert werden. Damit verstärkt die Berichterstattung verfestigte Einschätzungen. Dies ist häufig nachteilig für eine lösungsorientierte Reformdebatte, da Probleme nicht differenziert und zielgruppengenau in den Blick genommen werden. Auf Seiten der Medien fehlt häufig das kritische Korrektiv, insbesondere dann, wenn Pressemeldungen von Sozialverbänden den Vorerwartungen entsprechen und die abgeleiteten Forderungen der Verbände einer guten Sache zu dienen scheinen. Selbst bei stark verzerrten Darstellungen gibt es Hemmungen bei Politikerinnen und Politikern, öffentlich eine Gegenposition zu vertreten, weil damit das Risiko verbunden ist, den Vorwurf zu erhalten, soziale Probleme ›kleinreden‹ zu wollen. Auch fehlendes statistisches Handwerkszeug im Umgang mit komplexen Sozialstatistiken spielt eine Rolle.

Keywords: Sozialstaat, Sozialpolitik, Armut, Rentenpolitik, Aufmerksamkeitsökonomie; UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Über die sozialen Verhältnisse und den Sozialstaat in Deutschland wird häufig im Duktus des Niedergangs gesprochen. Viele Menschen, denen eine gute sozialstaatliche Sicherung am Herzen liegt, sind überzeugt davon, dass der Sozialstaat in den letzten Dekaden abgebaut wurde; mal schleichend, mal in rasanten Schritten. Dieses pauschale Bild ist allerdings nicht mit der realen Entwicklung des Sozialstaats in Deckung zu bringen, wenn wir seine Leistungen in Relation

setzen zur Wirtschaftskraft Deutschlands. Die Sozialleistungsquote, der Anteil des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt, ist über Dekaden kontinuierlich gestiegen. Dies gilt auch für die Zeit nach der Wiedervereinigung; die Sozialleistungsquote stieg von 25 % 1991 auf 32 % in 2019 (BMAS 2022: 7). Der Sozialstaat wuchs mit dem Wohlstand, häufig auch etwas schneller. Dass dennoch das Bild eines Sozialstaatsabbaus verbreitet ist, erklärt sich aus vielfältigen sozialpolitischen Konflikten, die den weiteren Ausbau des Sozialstaats begleitet haben. Hinter der Gesamtentwicklung stehen der Ausbau vieler sozialstaatlicher Leistungszusagen, aber zugleich auch Leistungseinschränkungen, die getroffen wurden, um den Kostenanstieg zu bremsen (CREMER 2018: 91-180).

Verbreitete Bilder zur Sozialstaatsentwicklung haben – unabhängig davon, wie valide ihre empirische Basis ist – Folgen für die Berichterstattung über den Sozialstaat. Sie prägen, welche Entwicklungen als berichtenswert angesehen und wie sie interpretiert werden. Der folgende Beitrag will dies an einigen Beispielen erläutern und abschließend einige Anforderungen an die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten formulieren.

Explodiert die Altersarmut?

Am 22.01.2023 sendete der Deutschlandfunk folgende Nachricht, die auf der Homepage des Senders unter der Überschrift »Altersarmut. Immer mehr Rentner auf Grundsicherung angewiesen« veröffentlicht wurde.

»Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bezogen im September vergangenen Jahres 647.515 Menschen Grundsicherung im Alter. Das waren fast 19.000 mehr als noch im Juni. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um mehr als 68.000. Linken-Fraktionschef Bartsch sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, die Altersarmut jage von Rekord zu Rekord. [...] Bartsch schlug zudem einen Rentengipfel im Kanzleramt vor. Es sei höchste Zeit für eine große Rentenreform in Deutschland.«^[1]

Die Nachricht greift eine Pressemeldung von Dietmar Bartsch auf^[2] und verbindet, seiner Argumentation folgend, den Anstieg der Zahl der Grundsicherungsempfänger mit Defiziten im deutschen Rentensystem. Die Differenzierung der Daten des Statistischen Bundesamtes nach Deutschen und Ausländern ergibt jedoch, dass im Dreimonatsvergleich zwischen Juni und September 2022 die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter mit deutscher Staatsangehörigkeit um mehr als 2000 Personen rückläufig war, der Anstieg also

1 Auf der Homepage des Deutschlandfunk abgerufen am 22.01.2023. Die Nachricht ist dort nicht mehr verfügbar. Dokumentiert ist die Meldung auf <https://de.knews.media/nachrichten/altersarmut-bericht-immer-mehr-rentner-auf-grundsicherung-angewiesen-2/> (21.04.2023).

2 <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/altersarmut-immer-mehr-rentner-muessen-sozialhilfe-beantragen/> (21.04.2023).

komplett auf den Anstieg von Bedürftigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückgeht. Im Jahresvergleich September 2021 - September 2022 haben immerhin 50.000 der insgesamt 68.000 zusätzlichen Empfänger keine deutsche Staatsangehörigkeit (STATISTISCHES BUNDESAMT, Tab. 22151-0001).

Nicht durch die Datenlage gedeckt ist die Aussage von Bartsch, die Altersarmut jage von Rekord zu Rekord, zumindest, wenn Altersarmut, wie dies in der Meldung des Deutschlandfunks geschieht, mit dem Bezug von Grundsicherung im Alter gleichgesetzt wird. Seit 2015 liegt der Anteil der Grundsicherungsempfänger an der Bevölkerung im Rentenalter mit leichten Schwankungen im früheren Bundesgebiet bei 3,5 %, in den neuen Bundesländern bei 2,2 % (STATISTISCHES BUNDESAMT, Tab. 22151-0013). Da die Bevölkerung im Rentenalter stetig wächst, steigt die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter auch dann, wenn die Quote konstant bleibt.

Der in der Meldung berichtete Anstieg der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung ist markant. Erstaunlich ist aber, dass der Redaktion als eine mögliche Erklärung für den Anstieg nicht der Angriff auf die Ukraine in den Sinn kam, obwohl der Deutschlandfunk sehr ausführlich über die sozialen Folgen des Krieges und die Situation ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland berichtet. Seit dem 1. Juni 2022 können Geflüchtete aus der Ukraine Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten. Geflüchtete aus der Ukraine haben somit einen im Vergleich zu anderen Flüchtlingen privilegierten Zugang zur sozialstaatlichen Sicherung in Deutschland. Dies muss sich in den Empfängerzahlen niederschlagen. Wird dieser Zusammenhang ignoriert, so transformiert sich eine sozialrechtliche Regelung, die die Stellung der ukrainischen Geflüchteten stärkt, zu einem statistischen Beleg für das vermeintliche Versagen des Sozialstaats. Das von Bartsch gesetzte Framing war offensichtlich für die Redaktion so überzeugend, dass weitere Prüfungen unterblieben. Sie verzichtete darauf, die online barrierefrei zugänglichen Daten des Statistischen Bundesamtes selbst einzusehen.

Nebenbei sei erwähnt, dass die Gleichsetzung von Hilfebezug mit Armut, die der Meldung des Deutschlandfunks zugrunde liegt, problematisch ist, weil es bei der Grundsicherung im Alter ein großes Dunkelfeld der verdeckten Armut gibt (BUSLEI et al. 2019). Schätzungsweise nehmen etwa die Hälfte die Hilfeberechtigten ihre Ansprüche nicht wahr, vorrangig Menschen mit sehr niedrigen Renten, die Anspruch auf ergänzende Grundsicherung hätten. Würde erreicht, dass alle Berechtigten die ihnen zustehende Hilfe erhielten, stiege der Hilfebezug – aber nicht, weil Armut zunähme, sondern weil sie wirksamer bekämpft würde.

Mehr Hilfe, mehr Armut?

Am 22.08.2018 gelang dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) ein medialer Coup. 4,4 Millionen Kinder in Deutschland seien arm, die Berechnung des DKSB weise eine Dunkelziffer von 1,4 Millionen armen Kindern aus, die, so der mittransportierte Vorwurf, regierungsamtlich verschleiert werde. Diese Nachricht bestimmte einen Tag lang die Berichterstattung; sie war prominent in der *Tageschau* und wurde von nahezu allen größeren Medien aufgegriffen. Ein Glücksfall für jede verbandliche Öffentlichkeitsarbeit.

Die Berechnung des DKSB beruhte auf der Gleichsetzung von Hilfebezug und Armut, wobei der DKSB auch das Dunkelfeld zu erfassen suchte, also die Kinder in Familien, die Anspruch auf Hilfe haben, vom Sozialstaat aber nicht erreicht werden. Wird der Hilfebezug als Armutsindikator verwandt, ist es konsequent, die statistisch ausgewiesenen Empfänger gemeinsam mit jenen zu betrachten, die Anspruch auf Hilfe haben, sie aber nicht in Anspruch nehmen. Sonst ist der Problemindikator geringer, wenn der Sozialstaat mit seinen Hilfeangeboten die Berechtigten gar nicht erreicht.

Die Gleichsetzung von Grundsicherungsbezug und Armut führt aber zu gedanklichen Fallstricken. Darauf hat schon Anfang der 1980er-Jahre der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen hingewiesen. Er sprach von der »Perversität« dieses Armutsmaßes: Hebt die Regierung, um Armut zu bekämpfen, die Grundsicherung an, so wächst zwangsläufig die Zahl ihrer Bezieher. Scheinbar wächst die Armut, obwohl sie doch besser bekämpft wird. Umgekehrt würde eine Senkung der Grundsicherung die Zahl der Bezieher verringern und damit zu dem Eindruck führen, die Armut sei gesunken, die Hilfe für Arme nehme also in ihrer Bedeutung ab (SEN 1983).

Die Berechnung des DKSB verstärkte die hier skizzierte Problematik, denn sie erfasste auch die Kinder, die in Familien leben, die Kinderzuschlag erhalten (oder Anspruch darauf hätten) oder Wohngeld beziehen. Aufgrund der damit vorgenommenen Ausweitung der Armutsdefinition ergab sich die Dunkelziffer von 1,4 Millionen armen Kindern.

Der Kinderzuschlag richtet sich an Niedrigeinkommensbezieher, er soll verhindern, dass Menschen, die durch ihre Erwerbstätigkeit für sich selbst sorgen können, aber auf Unterstützung für die Bedarfsdeckung ihrer Kinder angewiesen sind, zu Bürgergeldempfängern werden. Gemeinsam mit Wohngeld stellen sich Familien, die Kinderzuschlag erhalten, in aller Regel besser als beim Bezug ergänzender Bürgergeldleistungen. Das Wohngeld ist ein unverzichtbares sozialpolitisches Instrument zur materiellen Sicherung von Menschen mit niedrigem Einkommen außerhalb des Bürgergeldbezuges.

Wird nun die Armutsdefinition in der vom DKSB vorgenommenen Weise erweitert, indem auch der Bezug von Kinderzuschlag und Wohngeld mit Armut

gleichgesetzt wird, so führt eine zielgerichtete Verbesserung des Hilfesystems zum Ausweis von mehr Kinderarmut. Mit dem sogenannten Starke-Familien-Gesetz von 2019 ist der Kinderzuschlag erhöht worden, die Bezugsbedingungen wurden verbessert und der Kreis der Empfänger ausgeweitet. In der Logik der Berechnung des DKS_B führt dies zum Ausweis wachsender sozialer Probleme. Die Berechnung hat dem DKS_B einen Tag hohe Aufmerksamkeit beschert, die Methode ist vom Verband dann aber nicht weiterverfolgt worden. Die Nachricht ›versendete‹ sich; eine kritische Auseinandersetzung zur Methodik der Armutsmessung des DKS_B löste sie nicht aus.

Gedankliche Fallstricke können nachteilige politische Folgen haben. Immer, wenn es darum geht, das Hilfesystem wirksamer zu machen, löst dies bei Politikerinnen und Politikern die ›Angst vor Statistikeffekten‹, aus, wie es der FDP-Sozialpolitiker Johannes Vogel nennt (Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, 66. Sitzung, 10. November 2022: 7478f.). Als junger Abgeordneter zu Zeiten der letzten schwarz-gelben Koalition (2009-2013) hat sich Vogel erfolglos für bessere Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger eingesetzt. Mathematisch unvermeidbar hätte dies zu mehr ›Aufstockern‹, d. h. Empfängern ergänzender Arbeitslosengeld II-Leistungen (heute Bürgergeld) geführt, was als Anstieg der Zahl der *working poor* hätte skandalisiert werden können. Daher hatte sein Vorschlag keine Chance. Über diese Angst vor Statistikeffekten wird selten offen gesprochen. Aber wenn man mit Sozialpolitikerinnen und -politikern über die Weiterentwicklung der Hilfesysteme spricht, ist sie mit Händen zu greifen.

Ein Viertel der Kinder: Zu arm, um zu frühstücken?

Im Mai 2011 veröffentlichte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen routinemäßig seinen Staatenbericht zu Deutschland, in dem unter 39 Monita zur sozialen Lage auch Folgendes vermerkt wurde:

»Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass bis zu 25 Prozent aller Schüler ohne Frühstück zur Schule gehen und somit der Gefahr der Mangelernährung ausgesetzt sind, da noch nicht in allen Schulen Mittagessen bereitgestellt wird. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, konkrete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass Kinder, besonders aus armen Familien, richtige Mahlzeiten erhalten.«
(UNITED NATIONS 2011, Ziffer 28, zitiert wird die Übersetzung des Sprachendienstes der Bundesregierung)

Zuerst blieb der Bericht unbeachtet. Ein Bericht in *Der Tagesspiegel* »Vereinte Nationen rügen deutsche Sozialpolitik« vom 05.07.2011^[3] führte dann aber zu bundesweiter Beachtung. Im Bericht des *Tagesspiegels* fehlte das kleine ›bis zu‹, das deutlich macht, dass der Ausschuss keine sichere Quantifizierung des Ausmaßes des Problems treffen konnte. »Jedes vierte Kind würde ohne Frühstück zur Schule gehen«, so der Bericht in *Der Tagesspiegel*. Offensichtlich stützten sich darauf alle anderen Medien, die die Meldung aufgriffen. Das ›bis zu‹ entfiel, so in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (07.07.2011: 4) oder in der *Süddeutschen Zeitung* (06.07.2011).^[4]

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Meldung von Sozialverbänden bereitwillig aufgegriffen. Nun sei durch die Vereinten Nationen amtlich festgestellt, wie ungerecht es in Deutschland zugehe. So äußerte sich das Deutsche Kinderhilfswerk in einer Pressemeldung vom 06.07.2011 »UN-Staatenbericht Ohrfeige für die Bundesregierung«. Das Kinderhilfswerk forderte die Bundesregierung auf, »endlich konkrete Maßnahmen umzusetzen, dass alle Kinder regelmäßig ein Frühstück erhalten«.

Nicht in den Medien thematisiert wurde die naheliegende Frage, woher der UN-Ausschuss seine Erkenntnis hat, gab es doch damals in Deutschland keine repräsentative Erhebung, aus der eine Aussage hätte abgeleitet werden können, wie viele Kinder ohne Frühstück in die Schule gehen. Der Ausschuss hat keine anderen Erkenntnisquellen als die Öffentlichkeit in Deutschland. Man kann vermuten, dass mit der ›Bis-zu‹-Aussage im Bericht die Antwort einer Auskunftsperson wiedergegeben wurde, die vom Ausschuss befragt wurde. Auf welchem Erfahrungshintergrund diese Aussage beruht, bleibt unklar. Im Folgebericht des Ausschusses von 2018 wurde zwar erneut vermerkt, viele Kinder gingen ohne Frühstück in die Schule, der Ausschuss verzichtete aber auf einen Versuch der Quantifizierung (UNITED NATIONS 2018: 8).

Wäre die Aussage richtig, ein Viertel der Kinder gingen ohne Frühstück in die Schule – eine Aussage, die der Ausschuss so nicht getroffen hat –, wären Hunger und Verwahrlosung von Kindern in Deutschland ein Massenphänomen. Der Zweifel, ob dies so sein könne, war offensichtlich nicht groß genug, um die Medienschaffenden, die den Bericht aus *Der Tagesspiegel* aufgegriffen haben, zu veranlassen, selbst Einblick in den damals online leicht auffindbaren Originalbericht zu nehmen.

Selbstredend gibt es Kinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen, bei einem Teil von ihnen werden Armut und/oder Verwahrlosung ursächlich sein. Eine Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (2019: 13-18) von Eltern

3 <https://www.tagesspiegel.de/politik/vereinte-nationen-rugen-deutsche-sozialpolitik-4564546.html> (22.04.2023)

4 <https://www.sueddeutsche.de/politik/bericht-der-vereinten-nationen-un-tief-besorgt-ueber-soziale-misstaende-in-deutschland-1.1116605> (22.04.2022)

von Grundschulern weist einen Anteil von 10% der Kinder aus, die in der Regel nicht zu Hause frühstücken. Das hat nicht zwingend materielle Gründe. Hektik und Zeitmangel am Morgen nennen die Eltern als wichtigsten Grund.

Daten zur materiellen Versorgung von Kindern in Haushalten, die Arbeitslosengeld II (heute Bürgergeld) beziehen, zeigen Mangel und Unterversorgung in den Bereichen Mobilität, Freizeit und soziale und kulturelle Teilhabe, aber nur zu einem sehr geringen Anteil bei der Ernährung. Eine tägliche warme Mahlzeit fehlt, so eine Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, bei etwa einem Prozent der Transferempfängerhaushalte mit Kindern (LIETZMANN/WENZIG 2020: 6, 14-16, 32).

Es ist verdienstvoll, sich für die materielle Besserstellung für Familien mit niedrigem Einkommen einzusetzen. Dafür muss man aber nicht Deutschland zum Hungerland erklären.

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner müssen arbeiten?

Am 14.02.2022 sendete der Deutschlandfunk folgende Nachricht:

»Die Zahl der arbeitenden Rentner steigt. Das berichtet das RedaktionsNetzwerk Deutschland unter Berufung auf Angaben der Bundesregierung. Demnach gab es im vergangenen Jahr mehr als eine Million Beschäftigte, die 67 Jahre oder älter waren. 2010 lag die Zahl noch bei rund 685.000. Der Linken-Abgeordnete Pellmann sprach von einer traurigen Entwicklung. Die Zahlen seien auch die Konsequenz eines Rentensystems, das den Lebensstandard der Bürger kaum noch sichere.«

Auch hier wird eine statistische Entwicklung durch ein Politikerzitat eindeutig und einseitig in das Framing des Sozialabbaus gestellt. In der Tat ist der Anteil der Erwerbstätigen unter der Bevölkerung über 65 Jahren deutlich gestiegen, von etwa 5% 2001 auf etwa 10% 2021 (FITZENBERGER et al. 2023). Betrachten wir nur die Jahre unmittelbar nach dem Renteneintritt, ist der Anteil naturgemäß höher (17% in der Altersgruppe 65-69 Jahre, BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2022). Es ist also auch heute nur eine Minderheit unter der Rentnerbevölkerung, die weiterhin arbeitet.

Die Zahlen sagen uns wenig über die Hintergründe. Zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit war es für Rentner viel schwieriger als heute, einen Job zu finden. Die Lebenserwartung steigt, viele Rentner sind noch lange Jahre nach dem Renteneintritt in einer guten gesundheitlichen Verfassung. Die große Mehrheit hat eine geringfügige Beschäftigung (Minijob), auch das hat den Geruch der prekären Beschäftigung. Minijobs sind aber für Rentnerinnen und Rentner attraktiv, die in aller Regel nicht in Vollzeit oder Teilzeit mit höherer Stundenzahl arbeiten wollen. Es müssen keine Beiträge für die Krankenversicherung abgeführt werden; die besser situierten Rentner, die Steuern zahlen, vermeiden mit einem

Minijob eine zusätzliche Steuerbelastung. Erwerbstätige Rentner haben deutlich häufiger einen akademischen Abschluss als Rentner, die nicht arbeiten (GORDO et al. 2022: 4f.). Das erstaunt nicht; mit guter Bildung ist es auch im Rentenalter leichter, eine Beschäftigung zu finden.

Man muss daraus nicht den Schluss ziehen, dass es bei allen arbeitenden Rentnern schlicht die Freude an der Arbeit ist, die sie veranlasst, weiter berufstätig zu sein. Es gibt Bezieher von Minirenten, die Zeitungen austragen oder Regale auffüllen und die dies ausschließlich deswegen tun, weil sie sonst nicht über die Runden kommen. Wenn der Arbeitsmarkt boomt, haben sie immerhin bessere Möglichkeiten, eine Arbeit zu finden. Selbstredend darf ein Alterssicherungssystem die ergänzende Erwerbstätigkeit nicht einkalkulieren, schon deswegen nicht, weil viele, die am dringendsten einen Zuverdienst brauchen, dazu gesundheitlich nicht in der Lage sind.

Sind 80 Prozent der selbständig lebenden Studierenden arm?

Zeitgleich zur Debatte zur Reform der Bundesausbildungsförderung (BAföG) veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband (2022) eine Kurzexpertise zur Armut von Studierenden in Deutschland. Die wichtigsten Befunde aus der begleitenden Pressemeldung vom 17.05.2022: 30 % aller Studierenden lebten in Armut, von den alleinlebenden Studierenden seien es sogar fast 80 %. Die Ausbildungsförderung und die damals vorgesehene BAföG-Erhöhung seien völlig ungenügend, auch 45 % der Studierenden im BAföG-Bezug seien von Armut betroffen. Die Meldung ist breit aufgegriffen worden, so in den Online-Diensten von *FAZ*, *Die Zeit*, *Spiegel* und *TAZ*.⁵ Einen Tag lang stand der Paritätische Wohlfahrtsverband im Fokus der Medien. Studierendenvertretungen sprachen von schockierenden Werten.

Grundlage der Kurzexpertise waren die 2020 erhobenen Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zur Einkommenssituation von 2019, deren Auswertung 2022 vorlag. In Übereinstimmung mit einer von der Europäischen Union durchgesetzten statistischen Konvention werden diejenigen Personen als im ›Armutrisiko‹ lebend erfasst, die in Haushalten leben, deren Einkommen unterhalb von 60 % des Medians der Einkommen aller Haushalte liegt, wobei zur Vergleichbarkeit der Haushaltseinkommen eine Umrechnung über Äquivalenzziffern erfolgt (Nettoäquivalenzeinkommen). Die so ermittelte

5 *Der Spiegel*: <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/paritaetischer-wohlfahrtsverband-fast-jeder-dritte-student-lebt-in-armut-a-df4f9be8-f46f-4ea8-9480-e2d4ado2dc19>; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/paritaetischer-gesamtverband-ein-drittel-der-studenten-von-armut-betroffen-18036893.html>; *Die Zeit*: <https://www.zeit.de/campus/2022-05/studierende-armut-paritaetischer-wohlfahrtsverband>; *Die Tageszeitung*: <https://taz.de/Studie-des-Paritaetischen-Wohlfahrtsverbands/!5855448/> (08.05.2023)

Armutsriskoschwelle des SOEP für alleinstehende Personen beträgt für 2019 1266 Euro pro Monat. Ob man jeden Studierenden, der über weniger verfügt, für arm hält, ist eine Bewertungsfrage.

Diese Armutsriskomessung der Europäischen Union ist mittlerweile dominant. Da die Europäische Union nie festgelegt hat, wo das ›Armutsrisiko‹ endet und ›Armut‹ beginnt, hat sie ein kommunikatives Chaos angerichtet. In den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung werden Armutsrisiko und Armut mittlerweile synonym verwendet. Wenn man diese Gleichsetzung akzeptiert, so sind die Daten in der Pressemeldung der Parität korrekt.

FAZ, Die Zeit, Der Spiegel und TAZ berichteten in ihren Online-Diensten nahezu gleichlautend, in Anlehnung an eine Meldung der DPA. In keinem Medium wird die Armutsriskoschwelle von 1266 Euro genannt; sie war in der Pressemeldung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nur indirekt erschließbar, wenn man den angegebenen Medianwert der Einkommen von als arm erfassten Studierenden und den Wert der sog. Armutslücke, die Differenz zur Armutsriskoschwelle, addierte. Nur auf *zeit.de* waren immerhin diese beiden Werte genannt, aber in allen genannten Medien wurden die Leserinnen und Leser nicht dabei unterstützt, bewerten zu können, was mit der studentischen Armut konkret gemeint ist.

Erstaunlich ist auch, dass die hohe Diskrepanz der Armutsrisikoquote zwischen allen Studierenden und den alleinlebenden Studierenden nicht aufgegriffen wurde. Sie ergibt sich aus der Berechnungsmethodik der Äquivalenzeinkommen. Mit ihren Eltern lebende Studierende werden als Teil des elterlichen Haushalts erfasst. Es sind also die Studierenden, die in der Lage sind, das Elternhaus zu verlassen und nicht aus finanziellen Gründen einen Studienplatz in der Nähe suchen, die als besonders arm erscheinen. Auch unterblieb eine kritische Nachfrage, ob 1266 Euro eine geeignete Norm sind, um zu messen, ob Studierende arm sind. Wenn 80 % der alleinstehenden Studierenden ›arm‹ sind, dann muss es auch viele Eltern der gehobenen Mitte geben, die nicht bereit sind, ihre Kinder vor dieser Art Armut schützen zu wollen, obwohl sie es könnten.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Es gibt ohne Zweifel materielle Not unter einem Teil der Studierenden, die Debatte zu einer zielgerichteten (!) Reform des BAföG ist unverzichtbar. Dazu jedoch hat der mediale Hype um die Meldung der Parität keinen Beitrag leisten können. Denn eine Anhebung des BAföG auf 1266 Euro stand nie zur Debatte. Warum sollte das BAföG höher sein als das, was auch sehr gut situierte Eltern ihren studierenden Kindern zu zahlen bereit sind? Solange aber eine Erhöhung des BAföG unterhalb des Schwellenwertes bleibt, wird immer die gleiche Armutquote gemessen. Der Hype hat kurzzeitige Empörung erzeugt, aber nichts dazu beigetragen, die Problemgruppen innerhalb der Studierenden so zu fokussieren, dass dies zu einer Lösung führt. Dazu hätte die neunseitige Kurzexpertise der Parität, wäre sie denn gelesen worden, sogar einige Hinweise geben können.

Was wird (nicht) berichtet?

Medienberichterstattungen zur sozialen Entwicklung in Deutschland greifen häufig auf Studien wissenschaftlicher Institute zurück. Die Institute betreiben eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit und ›teasern‹ ihre Ergebnisse dabei oft so, dass sie mediales Interesse wecken können. Manchmal tun sie dies auch in einer Weise, bei der die wissenschaftlichen Befunde ein wenig überdehnt werden. Seit einiger Zeit ist Medienpräsenz auch in der Wissenschaft eine wertvolle Währung. Sie ging neben Politikberatung und Forschungsleistung in das bis 2021 geführte Ranking der »einflussreichsten Ökonomen« der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein. Auch werden Studien der wissenschaftlichen Institute in großen und kleinen Anfragen der Opposition aufgegriffen und finden dann gemeinsam mit den Antworten der Bundesregierung entsprechende Beachtung. Das ist grundsätzlich eine positive Entwicklung, weil die wissenschaftlichen Institute in der Regel ihre Datenbasis und ihre Methoden transparent machen und es damit eine Grundlage für fundierte Debatten gibt, falls dies denn aufgegriffen wird.

Allerdings gibt es auch hier eine durch Erwartungen gelenkte Selektion. Wissenschaftliche Studien haben es schwerer, wahrgenommen zu werden, wenn sie verbreiteten Erwartungen nicht entsprechen. Ein Beispiel für eine medial ignorierte Studie ist eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Zeitraum von 1995 bis 2019, also bis zum Beginn der Pandemie (GRABKA 2022). Das SOEP ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Datenquelle zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland. Eine Langzeitauswertung des SOEP ist nicht eine Studie unter vielen anderen, sondern eine zentrale Datenquelle, um Trends der sozialen Entwicklung zu erfassen. Dennoch blieb diese Studie, von wenigen kleinen Meldungen abgesehen, unbeachtet. Das ist insofern bemerkenswert, als sich das DIW sonst nicht über mangelnde mediale Resonanz beklagen kann.

Über die Gründe kann man nur mutmaßen. Die Langzeitauswertung der SOEP-Daten zeigte eine insgesamt eher positive Entwicklung, die dem Narrativ des Niedergangs widerspricht. Die wichtigsten Befunde: Die realen Stundenlöhne sind seit 2013 stark gestiegen, nachdem sie bis 2005, also in der Phase stetig steigender Massenarbeitslosigkeit, mit leichten Schwankungen stagnierten und dann bis 2013 um etwa 4 % zurückgingen. Auf den ganzen Zeitraum von 1995 bis 2020 bezogen, sind die realen Bruttomonatslöhne aller Beschäftigten um mehr als 10 % gestiegen, die der Vollzeitbeschäftigten sogar um 22 %. Der Niedriglohnsektor ist immerhin rückläufig, er war bis 2007 gewachsen und lange Zeit in seiner Größe unverändert. Die Ungleichheit der Bruttostundenlöhne ist gesunken. Die realen verfügbaren Nettoeinkommen der Haushalte sind 2019 in

allen Dezilen höher als 1995, in der Mitte immerhin um 25%. Die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen, die bis 2005 deutlich gestiegen ist, ist seitdem mit leichten Schwankungen stabil.

Diese Studie, die nüchtern auf die soziale Lage blickt, ohne Probleme zu beschönigen, hätte es verdient gehabt, zur Kenntnis genommen zu werden. Das gilt gerade in einer Zeit der hohen Verunsicherung, die der Angriff auf die Ukraine und seine sozialen Folgen in Deutschland ausgelöst haben. Die Verunsicherung führte zu hohen Kompensationserwartungen in der breiten Mitte der Gesellschaft und in der Folge zu teuren, wenig zielgenauen Entlastungspaketen (DIERMAYER et al. 2022). Die stärkere Wahrnehmung der DIW-Studie hätte zur Korrektur des Bildes beitragen können, dass bereits vor Corona und Krieg die Mitte zu den Opfern gehörte.

Fehlt das statistische Handwerkszeug?

Statistische Daten dienen dazu, politische Aussagen zu belegen, auch in einer Reihe der hier ausgewählten Beispiele. Dass man mit Statistik besonders gut lügen könne, wird immer wieder betont. Man sollte dieser empiriekritischen Grundhaltung die Antwort entgegenhalten, die Frederick Mosteller, dem Gründungsdirektor des Statistik-Departments der Harvard University, zugeschrieben wird: »Es ist leicht, mit Statistiken zu lügen, aber es ist noch leichter, ohne sie zu lügen« (Übers. GC, CHIVERS/CHIVERS 2021: 7). Valide Aussagen dazu, ob die Verteilung der Einkommen ungleicher wird, ob Armut in Deutschland zu- oder abnimmt, welche Risikogruppen betroffen sind etc., können nicht aus selektiven Alltagserfahrungen abgeleitet werden. Ohne Statistik geht es nicht. Die Vermittlung grundlegender Kenntnisse zu statistischen Methoden führt in der Schule ein Schattendasein, auch im Mathematikunterricht der Gymnasien. Mit diesem Nichtwissen starten angehende Journalistinnen und Journalisten in ihre Ausbildung. Bessere methodische Kenntnisse führen nicht zwingend dazu, dass Nachrichten nicht in Übereinstimmung mit gefestigten Narrativen ausgewählt und interpretiert werden. Um dies zu verhindern, bedarf es zugleich einer kritischen professionellen Haltung. Methodische Kenntnisse können dazu beitragen, einer solchen Haltung im beruflichen Alltag zur Geltung zu verhelfen.

Zweifelsohne gibt es viele exzellent ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, die ein breites theoretisches Rüstzeug haben, um sich in ausreichender Tiefe in die methodischen Konzepte von Studien und Sozialstatistiken einarbeiten können – so denn der Redaktionsalltag ihnen die Zeit dafür lässt. Es ist vermutlich nicht zu erreichen, dass Journalistinnen und Journalisten in ihrer breiten Mehrheit zu versierten Kennern statistischer Methoden werden. Aber

sie sollten die wichtigsten Fallstricke verstehen, um bewerten zu können, ob das von ihnen genutzte Material seriös ist; das sollte ihnen in der Ausbildung unbedingt vermittelt werden. Hierzu nur wenige Beispiele: Wenn auf den gigantischen Anstieg einer Variable verwiesen wird, wird dann auch die Ausgangsbasis genannt, die sehr klein sein kann, sodass auch kleine Veränderungen beeindruckende prozentuale Anstiege erzeugen? Wird bei Vergleichen über die Zeit aus einer Zeitreihe schwankender Werte ein Basisjahr bewusst so ausgewählt, dass der erwünschte Effekt – sei es der Anstieg oder der Rückgang von Irgendetwas – auf diese Weise erzeugt werden kann? Die Medien berichten vielfältig über Stichprobenerhebungen. Es sollte kritisch hinterfragt werden, ob die Stichprobe repräsentativ ist, sie somit einen Rückschluss auf die Grundgesamtheit, etwa die Bevölkerung der Bundesrepublik, erlaubt oder ob sie verzerrt ist. Sind ausgewiesene Unterschiede zwischen Gruppen auch statistisch signifikant, oder möglicherweise die Folge eines nicht vermeidbaren Stichprobenfehlers? Journalistinnen und Journalisten sollten verstehen, dass sie von Studien, die zur Frage der statistischen Signifikanz nichts aussagen, besser die Finger lassen, selbst wenn ihre Ergebnisse noch so neu und interessant erscheinen. Vorsicht ist auch geboten bei Studien, die einen statistischen Zusammenhang kausal interpretieren, ohne dies sorgfältig zu diskutieren (einen Überblick über statistische Fallstricke mit engem Bezug zu den Medien geben CHIVERS/CHIVERS 2021).

Eine kritische Haltung ist auch von Nöten, wenn Verbände mit eigenen Studien aufwarten. Wenn sie dabei mit Forschenden zusammenarbeiten, die das methodische Rüstzeug einbringen, kann dies zu wertvollen Erkenntnissen führen. Es gibt aber auch mit geringem Aufwand erzeugte und als Studien ausgegebene Umfragen, die nur darauf zielen, mediale Beachtung zu erzeugen. So ist es mit geringen Kosten möglich, an die Telefonbefragung eines Meinungsforschungsinstituts eine oder wenige Fragen anzuhängen, die dann zur Studie aufgeblasen werden. Es habe sich gezeigt, so wird dann in einer Pressemeldung verkündet, dass die Bevölkerung in großer Mehrheit ein Anliegen des Verbandes teile und es daher geradezu die demokratische Pflicht der Regierung sei, entsprechend tätig zu werden. Wenn man nicht die genaue Frageformulierung kennt, die suggestiv sein kann, sind die Daten völlig wertlos. In einem Fall, in dem ich die genaue Formulierung erbat, wurde mir mitgeteilt, diese sei das Betriebsgeheimnis des Meinungsforschungsinstituts. Aber auch wenn methodisch valide ermittelt wird, dass eine breite Mehrheit der Befragten sich für höhere Sozialleistungen einsetzt: Menschen zeigen sich in Befragungen häufig großzügig, solange sie nicht zugleich nach den Kosten befragt werden, die auf sie als Beitrags- und Steuerzahler zukommen. Seriöse Studien prüfen dies ab. Auch kann das, was mit der verbandlichen ›Studie‹ erhoben wird, längst bekannt sein oder durch eine Auswertung der wissenschaftlich verantworteten Datensätze weit besser ermittelt werden. Aber dies hätte deutlich weniger Chancen,

zur Nachricht zu werden. Die Pressemeldung, ein Verband habe Ergebnisse aus dem SOEP zur Kenntnis genommen, dürfte im digitalen Papierkorb der Redaktionen landen.

Es fehlt das kritische Korrektiv

Meine These, dass das verbreitete Narrativ des sozialpolitischen Niedergangs die Auswahl und das Framing von Nachrichten und Berichten zur sozialen Lage und zur Sozialpolitik stark beeinflusst, habe ich hier nur an wenigen Beispielen erläutern können. Es wäre lohnend, dies in (quantitativen) Medienanalysen gründlicher zu untersuchen. Die Wirkung von Vorerwartungen auf die journalistische Arbeit ist aber sicherlich nichts, was die Medienwissenschaften grundsätzlich leugnen, sondern eher bestätigen würden.

Im Folgenden möchte ich einige Überlegungen dazu anstellen, wie Wahrnehmung und Berichterstattung differenziert werden könnten. Eine differenzierte Wahrnehmung der Entwicklung des Sozialstaats ist Voraussetzung für eine Debatte, die sich nicht in folgenloser Empörung erschöpft, sondern Reformoptionen ausloten kann. Ich bin kein Medienwissenschaftler, meine Anmerkungen fußen auf meinen Medienkontakten und meiner Beobachtung der Berichterstattung über den Sozialstaat, die mit meiner beruflichen Rolle in der Leitung eines Wohlfahrtsverbandes verbunden war.

Am wichtigsten ist es, bei angehenden Journalistinnen und Journalisten Offenheit und Neugier zu fördern, sodass sie Interesse daran entwickeln zu erkunden, ob die Entwicklung der sozialen Lage anders, differenzierter oder widersprüchlicher sein kann, als es ihren bisherigen Vorstellungen entspricht. Vermutlich ist dies der schwierigste Part einer notwendigen Veränderung, weil damit grundsätzlichehaltungsfragen tangiert sind. Selbstredend ist nicht die Haltung allein entscheidend, sondern auch die Bedingungen, unter denen Journalistinnen und Journalisten in Medienhäusern arbeiten. Der ökonomische Druck, den Geschäftsführung und Chefredaktion an die Mitarbeitenden weitergeben, kann so hoch sein, dass es für sie kaum opportun ist, zu gründlich zu arbeiten. Recherchieren kann schließlich die schönsten – und das heißt reißerischen – Geschichten kaputtmachen.

Zur professionellen Haltung von Journalistinnen und Journalisten gehört die Fähigkeit zur Distanz, auch gegenüber politischen Meinungen, die ihnen nahestehen, oder Institutionen, denen sie sich verbunden fühlen. Es ist mein Eindruck aus der verbandlichen Arbeit, dass Journalistinnen und Journalisten Sozial- und Wohlfahrtsverbänden grundsätzlich mit großer Sympathie entgegnetreten, weil die Anliegen, die sie vertreten, auf ihr Wohlwollen treffen. Es gibt markante Ausnahmen, etwa Beiträge vorrangig in Wirtschaftszeitungen,

die Wohlfahrtsverbände als klandestine Netzwerke darstellen, die sich auf Kosten der Gesellschaft bereichern. Manche dieser Beiträge sind – auch wenn sie zum Teil Probleme aufgreifen, die es Wert wären, fundiert erörtert zu werden – so stark überzeichnet, dass sie leicht als böswillig zurückgewiesen werden können, zumal wenn sie mit einer grundsätzlichen Gegnerschaft zu einem gut ausgebauten System sozialstaatlicher Sicherung verbunden sind. Sie werden dann in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden als Meinungsäußerungen aus einem gegnerischen Lager wahrgenommen, die schroff zurückgewiesen werden müssen und keinerlei Anlass dafür geben, eigene Positionen zu überdenken.

Grundsätzlich aber überwiegt bei Journalistinnen und Journalisten bei weitem eine wohlwollende Haltung. Das wird dann zum Problem, wenn sie zu einer unkritischen Haltung wird und Behauptungen und Interpretationen zur sozialen Lage nicht überprüft werden, wie dies am Beispiel des Mediencoups des Deutschen Kinderschutzbundes dargelegt wurde. Dadurch fehlt ein kritisches Korrektiv, das dringend notwendig wäre. Denn auch Sozial- und Wohlfahrtsverbände sind, was ihre mediale Arbeit angeht, nicht unschuldig. Sie stehen im Wettbewerb um das knappe Gut der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Mitglieder halten mediale Präsenz für einen Beleg für die Wirksamkeit ihres Verbandes, auch wenn diese Vermutung häufig irrig ist. Wenn Mitglieder den eigenen Wohlfahrtsverband als weniger präsent in der Öffentlichkeit wahrnehmen als andere Verbände, so löst dies die Erwartung an die jeweilige Verbandsleitung aus, ebenfalls durch zugespitzte oder schrille Äußerungen besser in diesem Wettbewerb zu punkten.

Zuspitzung gelingt nur durch eine radikale Reduktion der Komplexität, die – wie die wenigen Beispiele zeigen – in Widerspruch zur Faktenlage geraten oder zumindest zu einer höchst einseitigen Interpretation der sozialen Entwicklung führen kann. Dies gilt für den Bereich der Sozialpolitik (wie vermutlich für viele Politikfelder). Das System der sozialen Sicherung ist unvermeidlich komplex, weil nur komplexe Systeme einigermaßen gerecht und gleichzeitig fiskalisch beherrschbar sind. Skandalisierungen sind eine Möglichkeit der Komplexitätsreduktion, sie ermöglichen es, komplexe Phänomene auf einfache Muster zu reduzieren.

Journalistinnen und Journalisten würden einen wichtigen Dienst leisten, wenn sie verbandliche Äußerungen – auch dann, wenn sie grundsätzlich einer guten Sache dienen oder zu dienen scheinen – einer kritischen Prüfung unterziehen. Müssten Sozial- und Wohlfahrtsverbände dieses ›Risiko‹ bei ihrer Medienarbeit einkalkulieren, so wären Verhaltensänderungen erwartbar. Die Verbände verfügen in aller Regel durchaus über die personellen Ressourcen für eine komplexitätsgerechte inhaltliche Arbeit. Die größeren Wohlfahrtsverbände unterhalten, stark unterstützt durch öffentliche Mittel, Bundeszentralen mit vielen Fachkräften, die es in ihrer Größe mit manchen Landessozialministerien

aufnehmen können. Diese Fachressourcen werden – so mein verfestigter Eindruck – für die Fundierung der medialen Äußerungen häufig nicht (ausreichend) genutzt, weil sie der radikalen Zuspitzung, die mediale Präsenz sichert, eher im Wege stehen. Vom Fachdiskurs weiter entfernte Mitarbeitende der Pressereferate tun sich da leichter. Jedenfalls zeigen sich Mitarbeitende der Fachebene der Verbände, zu denen ich Kontakt habe, immer wieder peinlich berührt, wenn ich sie auf Pressemeldungen ihres Verbandes anspreche.

»Das versendet sich« – zur mangelnden Reaktion von Politik und Behörden

Nun ist der Journalismus nicht die einzige Instanz, die als kritisches Korrektiv gefordert ist. Wie dargestellt, führte die Entscheidung, Geflüchteten aus der Ukraine den sofortigen Zugang zu Grundsicherungsleistungen zu öffnen, unvermeidlich zu wachsenden Empfängerzahlen. Wenn dies dann als Indiz einer wachsenden sozialen Schieflage missinterpretiert wird, so könnten Sozialministerien und Sozialpolitikerinnen und -politiker dem öffentlich widersprechen. Das tun sie in der Regel nicht. Spricht man dies gegenüber Verantwortlichen in Politik und Verwaltung an, so werden zwei Gründe genannt, warum dies oft unterbleibt. Verwiesen wird auf die Gefahr eines Shitstorms. Wer einer Skandalisierung mit differenzierenden Argumenten entgegentritt, ist leicht dem Vorwurf ausgesetzt, die Verhältnisse schönreden zu wollen und den sozialen Missstand kleinzureden. Dieses Risiko ist nicht zu leugnen. Je weniger Sozialpolitikerinnen und -politiker jedoch hierbei Mut zeigen, desto größer ist das Risiko für diejenigen, die es dennoch tun.

Das andere Argument, nicht zu reagieren, lautet, mit einer Reaktion werde die Nachricht aufgewertet und dadurch ihre öffentliche Wirkung noch verstärkt. Dies ist jedoch ein schwaches Argument. Zwar wird die einzelne Nachricht bald vergessen, und dies mag schneller geschehen, wenn ihr keine öffentliche Widerrede folgt. Aber sie trägt zu einem verfestigten Sediment eines wahrgenommenen Sozialstaatsversagens bei, das der sozialen Realität in Deutschland nicht gerecht wird. Wenn erwartungsgelenkte Selektion und einseitige Interpretation von Nachrichten in ständiger Folge den Eindruck erwecken, alles in Deutschland sei schreiend ungerecht, so muss dies Folgen haben für die Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse.

Repräsentative Umfragen zeigen dies deutlich, so 2009 und 2020 durchgeführte Umfragen, welche von fünf idealtypischen Gesellschaftsformen nach Meinung der Befragten am besten die Verhältnisse in Deutschland wiedergibt. Mehr als die Hälfte der Befragten sah die meisten Menschen unten und nicht in der Mitte der Gesellschaft, hatte also eine Vorstellung gesellschaftlicher

Schichtung, die typisch ist für Agrargesellschaften oder Gesellschaften in früheren Phasen der Industrialisierung (NIEHUES 2019; BELLANI u. a. 2021: 7f.). Eine solche Wahrnehmung kann negative Folgen haben. Wer sich selbst der Mitte der Gesellschaft zurechnet, aber die meisten Menschen unten wähnt, ist in der Gefahr, übersteigerte Ängste vor einem Abstieg zu entwickeln. Befragungen zur subjektiven Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit zeigen, dass sich die Wahrnehmung bei weiten Teilen der Bevölkerung von der realen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geradezu entkoppelt hat. Sowohl 2008 als auch 2016 vermuten etwa 40 % der Bevölkerung die Höhe der Arbeitslosenquote auf einem Niveau von mindestens 20 %, während sie 2008 bei 7,8 und 2016 bei 6,1 % lag. Dabei zeigt sich, je stärker Menschen die Arbeitslosigkeit überschätzen, desto weniger vertrauen sie dem demokratischen System und seinen Institutionen (DIERMEIER/NIEHUES 2019).

Die einzelne Nachricht mag sich ›versenden‹, aber der ständige Strom von Nachrichten, die ausgewählt werden, weil sie in das Bild einer sich ständig verschlechternden sozialen Lage zu passen scheinen, und die entsprechend interpretiert werden, hat Folgen. Zumindest wenn Sozial- und Wohlfahrtsverbände mit ihrer Medienarbeit diesen Niedergangsdiskurs befeuern, tun sie dies – sieht man von ihrem verbandspolitischen Interesse der Festigung ihrer medialen Präsenz einmal ab – mit der Intention, die Sicherung und den Ausbau des Sozialstaats zu fördern. Es geht schließlich um eine gute Sache, da darf, so eine verbreitete Haltung, auch ein wenig grober gehobelt werden. Fraglich ist allerdings, ob dieses Agieren dem Ziel dienlich ist. Rituelle Empörung trägt nicht dazu bei, Risikogruppen differenziert in den Blick zu nehmen, Wirkungsketten zwischen politischem Handeln und den Lebenslagen und Perspektiven der von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Menschen zu analysieren sowie Lösungen auszuloten, geschweige denn zu verwirklichen.

Auch muss der Effekt der Empörung keineswegs sein, zur politischen Unterstützung des Sozialstaats beizutragen. Denn es wird ja zugleich die Botschaft transportiert, dass der Sozialstaat ständig scheitert, obwohl fast ein Drittel der Wirtschaftsleistung für die unterschiedlichen Felder der sozialstaatlichen Sicherung verwandt wird. Wenn der Sozialstaat so wenig wirkt, wie in einer skandalisierenden Zuspitzung behauptet wird, dann – so ein mindestens ebenso plausibler Schluss – sind ja vielleicht die Verhältnisse mit weniger Sozialstaat auch nicht so viel schlimmer als heute. Die Skandalisierung kann auch eine andere Position befördern, die ebenso Gift ist für solidarische Systeme: Steuern und Sozialabgaben seien ein Einkommensverlust, dem keine Gegenleistungen entsprechen. Ein Niedergangsdiskurs, der sich von der Empirie abkoppelt, kann Entsolidarisierungstendenzen der Mittelschicht in die Hand spielen, die sich ja ohnehin in Abstiegsgefahr wähnt, was wiederum von Nachteil für die Akzeptanz von Randgruppen ist.

Not täte eine öffentliche, durchaus auch kontroverse Debatte über soziale Sicherung und die Grundlagen des Sozialstaats. Es geht schließlich um existentielle Fragen wie materielle Sicherung in prekären Lebenslagen, Vermeidung von Armut, Alterssicherung und Gesundheit. Es geht auch darum, wie es gelingt, Inklusion auch für Menschen mit schweren Beeinträchtigungen zu sichern.

Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, dass eine öffentliche Sozialdebatte, die rationaler geführt wird, mehr Wirkung erzielen könnte und damit in einem wirklichen Sinne politisch würde. Dazu braucht es einen Journalismus, der sich als kritisches Korrektiv versteht, und nicht als Resonanzboden für verbreitete Ängste.

Über den Autor

Georg Cremer, Dr. (*1952) war von 2000 bis 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i. Br. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Ansätze der Armutsbekämpfung, konzeptionelle Fragen der Sozialpolitik und die Gestaltung der Märkte sozialer Dienstleistungen. Kontakt: mail@georg-cremer.de

Literatur

- BELLANI, LUNA; BLEADOW, NONA; BUSEMEYER, MARIUS R.; SCHWERDT, GUIDO (2021): *Perception of Inequality and Social Mobility in Germany: Evidence from the Inequality Barometer. Cluster of Excellence »The Politics of Inequality«*, Working Paper 3/2021, Universität Konstanz. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/dc5897co-dado-4b02-9f54-460612e507e7/content> (10.05.2023).
- [BMAS] BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2022): *Sozialbudget 2021*. Berlin. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a230-21-sozialbudget-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (21.04.2023).
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2022): *Situation Älterer am Arbeitsmarkt. Blickpunkt Arbeitsmarkt*. April 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Demografie/Generische-Publikationen/Aeltere-amArbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (10.05.2023).
- BUSLEI, HERMANN; GEYER, JOHANNES; HAAN, PETER; HARNISCH, MICHELLE (2019): *Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Armut*. In: *DIW Wochenbericht*, 86. Jg., Heft 49, S. 910-917. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.699934.de/19-49-1.pdf (21.04.2023)

- CHIVERS, TOM; CHIVERS, DAVID (2021): *How to Read Numbers. A Guide to Statistics in the News (and Knowing When to Trust Them)*. London: Weidenfeld & Nicolson.
- CREMER, GEORG (2018): *Deutschland ist gerechter, als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme*. München: C. H. Beck.
- DIERMEIER, MATTHIAS; GENSHEIMER, TIM; NIEHUES, JUDITH, BORGSTEDT, SILKE (2022): Energiepreise: Teure Forderungen aus der Mitte der Bevölkerung. *IW-Kurzbericht* 82/2022. <https://www.iwkoeln.de/studien/matthias-diermeier-judith-niehues-teure-forderungen-aus-der-mitte-der-bevoelkerung.html> (11.05.2023).
- DIERMEIER, MATTHIAS; NIEHUES, JUDITH (2019): Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit: Unwissenheit befördert systemisches Misstrauen. In: *IW-Trends. Vierteljahrszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 2/2019, S. 23-42. <https://www.iwkoeln.de/studien/matthias-diermeier-judith-niehues-unwissen-befoerdert-systemisches-misstrauen-427635.html> (08.05.2023).
- FITZENBERGER, BERND; HUTTER, CHRISTIAN; SÖHNLEIN, DORIS; WEBER, ENZO (2023): Der starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von Älteren ist ganz überwiegend dem Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geschuldet. In: *IAB-Forum*, 2. Mai 2023. <https://www.iab-forum.de/der-starke-anstieg-der-erwerbstaetigkeit-von-aelteren-ist-ganz-ueberwiegend-dem-wachstum-der-sozialversicherungspflichtigen-beschaeftigung-geschuldet/> (10.05.2023)
- GORDO, LAURA ROMEU; GUNDERT, STEFANIE; ENGSTLER, HERIBERT; VOGEL, CLAUDIA; SIMONSON, JULIA (2022): *Erwerbsarbeit im Ruhestand hat vielfältige Gründe – nicht nur finanzielle*. IAB-Kurzbericht 8/2022. <https://doku.iab.de/kurzber/2022/kb2022-08.pdf> (11.05.2023)
- GRABKA, MARKUS M. (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen. In: *DIW Wochenbericht*, 23/2022, S. 330-337. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.842401.de/22-23-1.pdf (06.05.2023)
- LIEZMANN, TORSTEN; WENZIG, CLAUDIA (2020): *Materielle Unterversorgung von Kindern*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/294-2020_BST_IAB_Studie_Kinderarmut_2020_ID983.pdf (22.04.2023)
- NIEHUES, JUDITH (2019): Soziale Ungleichheit in Deutschland – Wahrnehmung und Wirklichkeit. In: *ifo Dresden berichtet*, 2/2019, S. 6-11. <https://www.ifo.de/publikationen/2019/aufsatz-zeitschrift/soziale-ungleichheit-deutschland-wahrnehmung-und> (06.05.2023)
- PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND (2022): *Armut von Studierenden in Deutschland. Aktuelle empirische Befunde zu einer bedarfsorientierten Reform der Berufsausbildungsförderung in Deutschland. Kurzexpertise der Paritätischen*

Forschungsstelle. 17.05.2022. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/PaFo-2022-Armut_von_Studierenden.pdf (08.05.2023)

SEN, AMARTYA (1983): Poor, Relatively Speaking. In: *Oxford Economic Papers*, Vol. 35, S. 153-169.

UNITED NATIONS. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL. COMMITTEE ON ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS (2011): *Consideration of reports submitted by States parties under articles 16 and 17 of the Covenant. Concluding observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights. Germany, E/C.12/DEU/CO/5*. https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Download.aspx?symbolno=E/C.12/DEU/CO/5 (21.04.2023)

UNITED NATIONS. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL. COMMITTEE ON ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS (2018): *Concluding observations on the sixth periodic report of Germany, E/C.12/DEU/CO/6*. <https://digitallibrary.un.org/record/1653881> (10.05.2023)